

Initiative Berliner Bankenskandal

www.berliner-bankenskandal.de, buero@berliner-bankenskandal.de

Prof. Dr. Peter Grottian: 030/83854961; 0171/8313314,
pgrottia@zedat.fu-berlin.de

Dipl.-Ing. (FH) Hans-Jürgen Lindemann: 030/9318977; 0171/8182607, hjlind@web.de

Dipl.-Pol. Benedict Ugarte Chacon: 030/80572434; 0170/5312887,
BenedictUgarte@aol.com



Presseerklärung Mittwoch, den 7. Juni 2006 um 7.00 Uhr

Programmierte Folgenlosigkeit oder Lernprozess Bankenskandal?

Initiative Berliner Bankenskandal fordert härtere Konsequenzen aus dem Untersuchungsausschussbericht zum Berliner Bankenskandal:

Einsetzung einer unabhängigen Sachverständigen-Kommission zu den Folgeproblemen des Bankenskandals (Schadensbilanz und Schadensbegrenzung, Verkaufsalternativen, Sicherungskonzepte für die Landesbeteiligung an der Sparkasse, Anhörung und Aushandlungsprozess zu Entschädigungen durch die Verursacher des Bankenskandals, Vorschläge zur Vermeidung korruptiver ökonomisch-politischer Skandalstrukturen).

Hauptbelastete sollen zum Untersuchungsbericht öffentlich Stellung nehmen.

Rücktritt aller Hauptbelasteten von allen öffentlichen Ämtern (insbes. Politik- und Parteiämter) und Rückgabe von Bundesverdienstkreuzen: Klaus Böger (SPD), Wolfgang Branoner (CDU), Dankwart Buwitt (CDU), Eberhard Diepgen (CDU), Annette Fugmann-Heesing (SPD), Peter Kurth (CDU), Klaus Rüdiger Landowsky (CDU), Dr. Norbert Meisner (SPD), Elmar Pieroth (CDU), Dr. Ditmar Staffelt (SPD), Peter Strieder (SPD).

Neuverhandlung von allen Abfindungen, Pensionen, Vergütungen von hochbelasteten Mitarbeitern, Managern und Gremienvertretern durch die Bankgesellschaft und unabhängige Sachverständige.

Gesetzliche Regelung zur Verpflichtung der Berliner Sparkasse zur Führung von „Girokonten für jedermann“

Die Initiative Berliner Bankenskandal wird diese Forderungen auch im anstehenden Wahlkampf vehement vertreten.

Dem Untersuchungsbericht des Untersuchungsausschusses des Abgeordnetenhauses zum Berliner Bankenskandal droht die programmierte Folgenlosigkeit. Die insgesamt hervorragend gelungene Rekonstruktion des Bankenskandals, die eindeutige Zuschreibung der personellen und institutionellen Verantwortlichkeiten, bestätigt mit den Worten des Ausschussvorsitzenden Frank Zimmermann „krasses Missmanagement, politisches Versagen, Größenwahn, kriminelle Energie und ein System der Verschleierung“. Das sind eindeutige Feststellungen, die sich wie ein roter Faden durch den 900 Seiten starken Bericht ziehen und wo wir den Hut vor den wenigen Abgeordneten ziehen, die trotz mangelnder Infrastruktur und Blockaden durch die Bankgesellschaft ein respektables Stück Aufklärungsarbeit geleistet haben.

Der Bericht lässt keinen Zweifel daran, dass es sich um ein vielfältig gesteuertes korruptives Geflecht handelt – und nicht um einen Blackout Einzelner – das die grob fahrlässige Verschleuderung öffentlichen Geldvermögens zur Folge hatte. Das kumulative Versagen aller demokratischer Kontrollen ist neben dem Skandal selbst die bedrückendste Seite des Bankenskandals. Der Skandal hat System in struktureller Verantwortungslosigkeit und im großkoalitionären System der Parteien. Die Gefahr ist groß, die ehemals sterile Aufregtheit um den Bankenskandal jetzt mit einem eher lautlosen, angewidert-zynischen Gestus zu beerdigen. Der Untersuchungsausschuss ist erschöpft, die Öffentlichkeit hat das geahnt, was jetzt im Untersuchungsbericht steht und betrachtet es als eine Zumutung, noch etwas anderes von Politik, Bankern, Verwaltung, Immobilienfirmen und der Bauwirtschaft erwarten zu sollen.

Die bisher ausbleibenden Reaktionen auf den Bericht deuten darauf hin, dass vielfältige Interessen – zumal im Vorwahlkampf – auf eine lautlose Entsorgung des Bankenskandals hoffen. Die Medien haben insgesamt umfassend und gut informiert, das aber soll es auch gewesen sein. Letzten Endes haben die Medien den Bankenskandal durch ihre Berichterstattung reanimiert, um ihm gleichzeitig den Beruhigungssargnagel zu verpassen.

Es ist ausgesprochen unwahrscheinlich, dass sich Landowsky, Diepgen, Staffelt oder Fugmann-Heesing zur Wehr setzen werden, v. Weizsäcker, Thierse, Wowereit oder Wolf sich öffentlich analysierend zu Wort melden. Bankenskandal versenken lautet die Devise. Auch für die SPD-anhündelnde Linkspartei.PDS, die zumindest angesichts ihres Nichtverstricktseins den Mund spitzen könnte. Es ist doch ein Sturmzeichen verkommener Demokratie, wenn nach einer erdrückenden Beweislast kein einziger Politiker zum Rücktritt von seinen politischen Ämtern aufgefordert wird.

Die Initiative Berliner Bankenskandal provoziert deshalb mit folgenden Forderungen eine offensive Auseinandersetzung über den Untersuchungsbericht:

1. Schadensberechnung vorlegen:

Die Aussage des Untersuchungsausschusses, er könne keine belastbare Berechnung des Gesamtschadens für das Land und seine Bürger vorlegen, kann auf keinen Fall hingenommen werden. Zumindest hätte der Ausschuss über die bisher lt. UA gezahlten Beträge (2,9 Mrd. Euro) hinaus und dem unveröffentlichten Szenario des Finanzsenators (2006) mit einem Bedarf aus der Risikoabschirmung von 4,75 – 7,16 Mrd. Euro bis zum Jahr 2030 oder der Schätzung der EU-Kommission (9,7 Mrd. Euro) Alternativrechnungen vorstellen müssen, in der z.B. auch die Kreditaufnahmen samt Zinsbelastungen enthalten sein müssten. Die Initiative kommt bei ihren Berechnungen schon jetzt auf einen abschätzbaren Schaden von bis zu 15,5 Mrd. Euro, der durch den Verkauf der BGB sowie diversen Einnahmen auf ca. 9 Mrd. Euro gesenkt werden kann. Würde man den Kursverfall der Aktie mit ca. 2 Mrd. Euro bis Mitte 2004 mit einbeziehen, dann sieht die Schadensbilanz noch ungünstiger aus.

	Betrag (Mrd. Euro)	Aktuelle (bekannte) Belastung des Landes Berlin durch Folgen des Bankenskandals
1.	1,8	Kapitalerhöhung Geschäftsjahr 2000 ⁵⁾
2.	1	Zusätzliche Zinsbelastung durch Krise der BGB ab 2002 (200 Mill. € jährlich) ⁶⁾
3.	1,1	Rückführung von Eigenkapital nach Ausgliederung der IBB 2004 ⁷⁾
4.	1,124	Sanierungszuschuss nach Rückzahlungspflicht für das bislang genutzte Kapital der ehemaligen WBK im Geschäftsjahr 2004 ⁸⁾
5.	1,8	Geplanter Beitrag für die Abfindung der Fondszeichner 2005, Kreditaufnahme 2008 ⁹⁾
6.	4,7 – 7,2	Aktuelle Gesamtinanspruchnahme der Risikoabschirmung ohne Fondszeichnerabfindung ¹⁰⁾
7.	0,9	Nach Erwerb der Immobiliendienstleistungsgeschäfte für Restrukturierung der Gewerbeimmobilien, Verwaltung und Vermarktung (Schätzung lt. IBAG) ¹¹⁾
8.	0,5	Bisher geschätzter Aufwand für Controlling (BCIA), Gutachten, Rechts- u. Verwaltungsaufwendungen ¹²⁾
9.	13,0 – 15,5	Gesamtsumme der aktuellen Belastung Berlins
10.	9 - 11	Nach Abzug eines unterstellten Verkaufserlöses der BGB von 3 Mrd. € plus des Verkaufs der Landesbankgewinne 1998 an die BGB für 1,5 Mrd. DM (0,77 Mrd. €) sowie den Dividenden bis 2000 (ca. 0,25 Mrd. €) ¹³⁾

2. Unabhängige Sachverständigenkommission zu den Folgeproblemen des Bankenskandals einsetzen:

Das Abgeordnetenhaus wäre gut beraten, schon jetzt eine legislaturüberbrückende unabhängige Sachverständigenkommission zu den Folgeproblemen des Bankenskandals einzusetzen, um nicht erneut von den „Sachzwängen“ eingeholt zu werden. Diese Sachverständigenkommission hätte die Aufgabe, eine Schadensbilanz zu erstellen und den Konsolidierungs- und Verkaufsprozess kritisch zu begleiten, Verkaufsalternativen zu entwickeln, die Sicherung der Sparkasse zu betreiben und einen Anhörungs- und Aushandlungsprozess zu Entschädigungen durch die Verursacher des Bankenskandals zu organisieren. Schließlich sollte die Kommission auch Vorschläge zur Vermeidung korruptiver ökonomisch-politischer Skandalstrukturen unterbreiten,

⁵⁾ Aus mittelfristiger Finanzplanung 02-06, Seite 35

⁶⁾ Aus mittelfristiger Finanzplanung 02-06, Seite 35

⁷⁾ Als verzinste Stille Beteiligung (innovativ und nicht-innovativ) lt. GB 2005, Seite 57

⁸⁾ Aus EU-Beihilfebescheid Seite 11, Pkt. 32

⁹⁾ Kenntnisnahme des Parlamentes gemäß Empfehlung des Ausschuss Vermögen vom 29.09.05 (Drucksache 15/4305)

¹⁰⁾ lt. Ausführungen des Finanzsenators im Parlament am 01.09.05 (Protokoll der 72. Sitzung, Seite 6146)

¹¹⁾ Steht im Kleingedrucktem der Senatsvorlage zum Fondsankauf (Abfindung), interne Information

¹²⁾ lt. Wander-Ausstellung zum Berliner Bankenskandal (Urania im März/April 2005)

¹³⁾ lt. mittelfristiger Finanzplanung 05-09, Seite 27

inkl. eines für die Interessen des Landes wirksamen Beteiligungsmanagements. Ob Antes-, Garski-, Tempodrom- oder Bankenskandal – die Struktur der Skandale hat stets sehr ähnliche Gesichter. Die Kommission sollte aus Parlamentariern der Fraktionen, Wissenschaftlern, Bankensachverständigen, Wirtschaftsprüfern und kompetenten Bürgern aus Bürgerinitiativen zusammengesetzt sein.

3. Der Untersuchungsausschuss soll eine öffentliche Stellungnahme der Hauptbelasteten des Bankenskandals einfordern oder zu einer öffentlichen Anhörung einladen:

Zurecht hat die Abgeordnete Oesterheld (Bündnis 90/Die Grünen) darauf hingewiesen, dass die Verantwortlichen des Skandals entweder ihre Unschuld beteuern oder ganz einfach schweigen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht aufgrund des Untersuchungsberichts zu erfahren, welche Position die Hauptbeschuldigten einnehmen und zu welchen Konsequenzen sie bereit sind. Es geht nicht um ein Tribunal, sondern um einen wechselseitigen Lernprozess. Danach hätte das Land nochmals die Möglichkeit auf gerichtlichem Wege Gelder von den Verantwortlichen zurückzufordern.

4. Das erdrückende Material des Untersuchungsausschusses erfordert den Rücktritt aller im Bankenskandal verantwortlicher Politiker (s.o.) von ihren öffentlichen Ämtern und die Rückgabe ihrer Bundesverdienstkreuze.

5. Die Bankgesellschaft ist angesichts der Befunde des Untersuchungsausschusses aufgefordert, alle Abfindungen, Pensionen, Vergütungen von hochbelasteten Mitarbeitern, Managern und Gremienvertretern neu zu verhandeln.

Prof. Dr. Peter Grottian

Dipl.-Ing. (FH) Hans-Jürgen Lindemann

Dipl.-Pol. Benedict Ugarte Chacon